

Pressemitteilung vom 21.05.2021

## **Mehr Mieterschutz für Berlins Seniorinnen und Senioren gefordert!**

Am 26.11.2019 hatte der Senat von Berlin das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen (MietenWoGBln) „Mietendeckel“ beschlossen.

Das Abgeordnetenhaus verabschiedet es am 11.02.2020.

Durch dieses Gesetz sollten für viele Berliner\*innen bis zum Jahr 2025 die Mieten reduziert und konstant gehalten werden.

Wie bekannt hat das Bundesverfassungsgericht am 25. März 2021 entschieden, dass das Gesetz nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und somit mit Wirkung vom 15.04.2021 nichtig sei.

Das Urteil wurde jedoch ausschließlich mit fehlender Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin begründet.

Es hat sich aber nicht zum Inhalt des Mietendeckels äußert.

„Wäre es nicht möglich gewesen die Inhalte auf die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften anzuwenden? Diese Frage wurde vom Berliner Senat beantwortet.

Er hat sich darauf geeinigt, diesen Schritt nicht zu gehen. Das Mietenniveau vor dem 11. Februar 2020 und die Möglichkeit einer Mieterhöhung wurden also beibehalten.

Den sechs städtischen Wohnungsbauunternehmen kommt nach Auffassung des LSBB jedoch eine Vorbildrolle zu, da sie – stärker als andere Anbieter\*innen zu einer sozial ausgerichteten Vermietungspraxis verpflichtet sind.

Nun aber sind viele Mieter\*innen dieser Stadt, zu denen zahlreiche Senior\*innen gehören, mit hohen Nachforderungen ihrer Vermieter konfrontiert und müssen mit weiteren Mieterhöhungen rechnen.

Zudem wurde kürzlich der neue „Berliner Mietspiegel 2021“ veröffentlicht.

Der Vorgang zeigt, dass durch den Wegfall des Berliner „Mietendeckels“ die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht gelöst sind und dass vielmehr dringender Handlungsbedarf besteht.

***„Wir sehen den Berliner Senat in der Pflicht, die Inhalte des Mietendeckels in die Vermietungspraxis der landeseigenen Wohnungsunternehmen aufzunehmen. Das wäre für die Mieter\*innen und insbesondere für Senior\*innen, die bereits jetzt einen Großteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen, ein wichtiges Signal.“***

Eveline Lämmer

Vorsitzende des LSBB